

Genossenschaften sowie der Leitungen gesellschaftlicher Organisationen für die Verhütung von Straftaten und die Erziehung von Rechtsverletzern zu schaffen. Zu dem Pressegespräch über die Aufgaben und Pflichten der Leiter gemäß Art. 3 StGB hat das Publikationsaktiv deshalb Betriebsleiter und Bürgermeister eingeladen, die ihre Erfahrungen bei der Durchsetzung der sozialistischen Gesetzlichkeit, Ordnung und Sicherheit vermittelten. Diese Erfahrungen wurden dann in Beiträgen der Presseorgane verallgemeinert.

Zu den Kriminalitätsschwerpunkten zählen die Straftaten unter Alkoholeinfluß. Gemeinsam mit einer Gruppe von Redakteuren hat das Publikationsaktiv der Rechtspflegeorgane eine Leserdiskussion organisiert, die das Ziel hatte, die Bürger zum Kampf gegen Alkohol kriminalität und Alkoholmißbrauch zu mobilisieren. In rund 200 Zuschriften haben sich Kollektive von Werktätigen insbesondere aus dem Gaststättenbereich, sowie einzelne Bürger, vor allem Kraftfahrer und Ärzte, mit Vorschlägen und Hinweisen über die Presse an die Öffentlichkeit gewandt.

Zum Abschluß der Diskussion nahm das Publikationsaktiv gemeinsam mit der Arbeitsgruppe der Redakteure zu diesen Leserbriefen Stellung und legte dar, wie jeder einzelne Bürger an der Bekämpfung und Verhütung der Alkohol kriminalität mitwirken kann. Wir haben uns auch nicht scheute, einige Betriebe, und Kollektive, die ihrer Verantwortung im Kampf gegen den Alkoholmißbrauch noch nicht gerecht werden, namentlich in der Presse zu nennen.

Man darf es wohl als ein Ergebnis dieser zielgerichteten Öffentlichkeitsarbeit bezeichnen, daß jetzt weitaus mehr Bürger als früher von sich aus gegen Alkoholstrafaten einschreiten. So wird z. B. aus verschiedenen Kreisen des Bezirkes Potsdam berichtet, daß der Volkspolizei rund 30 bis 40 % mehr Mitteilungen über beabsichtigtes Fahren unter Alkoholeinfluß zugehen als früher.

In ähnlicher Form haben wir uns einem weiteren Schwerpunkt, der Bekämpfung von Diebstählen in Selbstbedienungsläden, zugewandt. Auch hier wurde nach einem Pressegespräch, in dem den Redakteuren die Situation auf diesem Gebiet erläutert worden war, festgelegt, eine Leserdiskussion zu organisieren. An Hand eines typischen Falles wurde insbesondere darauf hingewiesen, die begünstigenden Bedingungen der Eigentums kriminalität aufzudecken und zu beseitigen.

Daraufhin haben die Leser in mehr als 160 Zuschriften viele wertvolle Vorschläge zur Bekämpfung dieser Erscheinungsform der Kriminalität sowie zum Schutze des gesellschaftlichen Eigentums unterbreitet. Es wurden zahlreiche Män-

gel und Schwächen in der Tätigkeit der Handelsorgane offenbar, die mit den Leitungen dieser Organe gründlich ausgewertet wurden. Dabei wurde auf eine verstärkte politisch-ideologische Arbeit mit den Verkaufskräften hingewirkt.

Von den anderen Problemen, mit denen sich das Publikationsaktiv insbesondere in Pressegesprächen beschäftigt hat, seien hier nur genannt: Sicherheit im Straßenverkehr und Bekämpfung von Verkehrsstrafaten, Einhaltung des Gesundheits- und Arbeitsschutzes, vorbeugender Brandschutz, vorsichtiger Umgang mit Feuerwerkskörpern beim Jahreswechsel zur Vermeidung von Personenschäden, Einhaltung der Bestimmungen zum Schutze von Kindern und Jugendlichen und sinnvolle Freizeitgestaltung der Jugendlichen, Schutz öffentlicher Anlagen und anderen gesellschaftlichen Eigentums vor böswilligen Zerstörungen u. a. m.

Wiederholt mußten wir feststellen, daß in der Bevölkerung noch Unklarheiten über die Tätigkeit der gesellschaftlichen Gerichte bestehen. Deshalb veranstalteten wir ein Pressegespräch, in dem mehrere Mitglieder von Konflikt- und Schiedskommissionen aus ihrer Arbeit berichteten, insbesondere über den Kampf gegen Rechtsverletzungen im Betrieb und Wohngebiet sowie über die politisch-ideologische Erziehungsarbeit. Die Redakteure nahmen diese Informationen zum Anlaß, Interviews mit Mitgliedern gesellschaftlicher Gerichte bzw. Porträts von ihnen zu veröffentlichen. Dadurch wurde die bedeutsame Arbeit der Konflikt- und Schiedskommissionen in der Öffentlichkeit popularisiert und das Vertrauensverhältnis der Bürger zu den gesellschaftlichen Gerichten gefestigt.

Außer den Pressegesprächen führt das Publikationsaktiv mit den Redakteuren gelegentlich auch sog. Pressefahrten durch. Hier können sich Mitarbeiter der Presse an Ort und Stelle selbst überzeugen, wie sich die Durchsetzung der sozialistischen Gesetzlichkeit, auf diesem oder jenem Gebiet vollzieht. Sie

## Strafverfolgung im öffentlichen Interesse bei Antragsdelikten

Bei den Antragsdelikten (§ 2 StGB) kann, wenngleich durch die Straftat Geschädigte keinen Strafantrag stellt, die Strafverfolgung nur ausnahmsweise durchgeführt werden, nämlich dann, wenn dafür eine gesellschaftliche Notwendigkeit besteht (Strafverfolgung im öffentlichen Interesse). Das bedeutet, daß die Straftat dann aber auch unabhängig vom Willen des Geschädigten oder sogar gegen seinen Willen verfolgt werden kann.

In der Praxis ist die Frage aufgetaucht, ob der Staatsanwalt das öffentliche Interesse an der Straf-

lernen dabei auch Bürger kennen, die auf dem Gebiet der Ordnung und Sicherheit eine hervorragende Arbeit leisten. Dadurch werden der Presse Anregungen vermittelt, wie sie die Öffentlichkeit in noch stärkerem Maße in die Tätigkeit der Rechtspflegeorgane einbeziehen können.

Nachdem das Publikationsaktiv im Bezirk gute Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit allen Massenmedien gemacht hat, kommt es jetzt darauf an, auch die Öffentlichkeitsarbeit in den Kreisen zu verbessern. Ausgehend von den zentralen Schwerpunkten sowie unter Berücksichtigung der spezifischen Probleme des Kreises sollten sich Leserdiskussionen unserer Auffassung nach stärker auf die Kreise konzentrieren, weil dort der Kontakt mit den Lesern, insbesondere den Kollektiven in Betrieben und Gemeinden, unmittelbarer ist als im Bezirk. Mit Unterstützung des Vorstandes des Journalistenverbandes und der Chefredakteure der Bezirkszeitungen wurden deshalb mehrere Pressegespräche mit den Kreisredaktionen und Betriebszeitungsredakteuren veranstaltet, in denen über Erfahrungen aus der Öffentlichkeitsarbeit im Bezirk berichtet wurde.

Im Kreis Neuruppin wurde bereits nach dem Beispiel der Bezirkspresse eine Leserdiskussion über den Kampf gegen Alkoholmißbrauch und Alkohol kriminalität organisiert, die große Resonanz gefunden hat. Den Abschluß der Diskussion bildete ein öffentlicher Ausspracheabend mit Redakteuren und Vertretern der Rechtspflegeorgane.

Zielstrebige, planvolle, auf die Schwerpunkte orientierte Öffentlichkeitsarbeit im Kreis setzt jedoch voraus, daß die Publikationsaktiv der Rechtspflegeorgane in den Kreisen tatkräftiger in Erscheinung treten und daß sich dort die Gemeinschaftsarbeit schneller entwickelt. Hierbei müssen die Bezirksorgane der Rechtspflege sowie die Presseorgane des Bezirkes Hilfe und Anleitung gewähren. Dies ist unser Ziel im Jahre 1970.

MARTIN KALICH, Staatsanwalt  
beim Staatsanwalt des Bezirkes Potsdam

verfolgung stets ausdrücklich erklären muß (so P o m p o e s in NJ 1969 S. 127) oder ob es auch durch konkludente Handlungen des Staatsanwalts zum Ausdruck gebracht werden kann. Dieser Frage liegen im wesentlichen zwei Sachverhalte zugrunde:

Einmal geht es darum, daß sich eine ursprünglich als Offizialdelikt angeklagte Straftat erst später als Antragsdelikt erweist

Beispiel: In einem Untertageförderbetrieb kam es zu einem Zusammenstoß zwischen einer für den Transport von Hunten bestimmten